

# Rheinsberger Zeitung

Wöchentliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg.



Für die Schriftleitung  
verantwortlich  
Carl E. Burmann

Druck und Verlag  
C. Thurnmanns Buchdruckerei,  
Rheinsberg

Anzeigen  
für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend  
erscheinende Blatt werden mit 0,20 Mark für die 6  
gespaltene Zeilen oder deren Raum berechnet und bis  
vormittags 10 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeten.

Nr. 47 Fernsprecher Sonnabend, den 19. April 1930. Nummer 37 36. Jahrgang

— Berlin, den 19. April 1930.

## Chronik des Tages.

Reichspräsident von Hindenburg hat sich für acht Tage nach Groß-Schmülp begeben, um dort die Diercke-Jahre zu vollbringen.  
Der Reichsminister des Innern, Dr. Brüning, hat die Überlegung der Reichsministerien an Thüringen über-  
tragen, nach dem Fernruf des Staatssekretärs Dr. Zieger-  
er über die noch strittigen Fragen in Weimar verhandeln.  
— Generalleutnant Hans von Dahn feierte sein goldenes  
Militärjubiläum.  
— Der thüringische Staatspräsident Majaryk will im  
nächsten Sommer einigen deutschen Städten in Böhmen einen Besuch  
zahlen.  
— In Berlin wurde zum ersten Mal eine draht-  
elektronische Verständigung zwischen Buenos-Aires und  
Moskau über mehr als 20.000 Kilometer, also rund um  
die halbe Erde, vermittelt.  
— Am Karfreitag wurde in der Reichshauptstadt die  
neue Untergrundbahnstrecke Potsdam-Gesundbrunnen dem  
Verkehr übergeben.  
— Über Marzelle und dem gesamten Mündelal wurde  
in letzter Zeit ein großer Schaden angetan.  
— Die Stadt Sagah auf den Philippinen und Tando-  
n auf Java sind durch ein riesiges Feuer zerstört worden. 12.000  
Menschen sind obdachlos.  
— In der thüringischen Provinz Göttingen brach in der  
Stadt Göttingen in einem Krankenhaus ein Brand aus.  
Sechs Kranke wurden vollkommen eingekerkert. Sechs Kranke  
sind in den Flammen umgekommen.

## Von Woche zu Woche.

**Handbemerkungen zur Feiertagsliste.**  
Mit dem Abschluß der Haushaltsberatung im  
Reichstag hat die Stille Woche sich auch in der  
ausgewirkt. Die Parlamentsgebäude und Mini-  
sterien sind verwaist. Reichspräsident von Hindenburg,  
Reichsministerpräsident Brüning und die Reichs-  
minister sind nach Potsdam verfahren, um wenige  
Tage nach dem Reichshauptstadt zurückzu-  
kehren. Mit der Schließung des Reichstages  
wird Reichsaussenminister Dr. Curtius beauftragt.  
Die vom Reichstag verabschiedeten und vom Reichs-  
präsidenten bestätigten Gesetze werden nun eines  
nach dem andern in Kraft gesetzt werden. Wegen die-  
ser Angelegenheiten hat Polen sich bereit, ein  
Vertrag zu schließen, mit dem Begründung, die neuen  
Gesetze, widersprechen den Genfer Vereinbarungen über  
die Verwirklichung eines Weltfriedens und verändern  
die Grundlage des deutsch-polnischen Handelsvertrags.  
Der polnische Landwirtschaftsminister schied die  
Broschüre nach einer Kommentar nach, indem er auf  
eine parlamentarische Anfrage erwiderte, „die  
Veränderungen in Deutschland berechtigen die polnische  
Landwirtschaft, an die Möglichkeit einer wirtschaftlichen  
Zusammenarbeit mit Deutschland zu zweifeln.“  
Die polnische Antwort die Reichsregierung auf die  
polnische Beschwerde erteilen wird, steht noch nicht fest.  
Die Regierung ist sich Zeit und Gut daran. Wie  
man hört, wird Polen wahrscheinlich darauf einwirken  
zu machen, die Durchführung von Maßnahmen  
unserer Wirtschaft zu gestalten und daß schließlich die schwere  
Krisis in der deutschen Landwirtschaft auch ein  
Krisis ist, der von der Reichsregierung Taten  
erwartet.  
Mit Recht erklärte Geheimrat Duisberg, der  
Präsident des Reichsverbandes der Industrie, — in  
einer Rede auf der Tagung der Solinger Industrie-  
und Handelskammer — in Landwirtschaft, Industrie  
und Handel zwei starke Pfeiler des deutschen  
Wirtschafts, deren Festigkeit nicht beeinträchtigt werden  
darf. Polen muß sich also schon damit abfinden,  
wenn man in Deutschland kein Wort hat, die Dinge  
werden zu laufen, sondern gewillt ist, Maßnahmen  
zu machen, um die deutsche Wirtschaft gesund zu  
halten und, soweit sie es nicht mehr ist, ihr die  
Gesundheit zurückzugeben.  
Nach den Osterferien wird sich der Reichstag den  
Arbeiten widmen müssen, die sich in diesem Jahre  
in Zusammenhang mit der Neuordnung der Repara-  
tionsleistungen sehr in die Länge gezogen haben,  
sowie daß der neue Haushaltsplan schon am 1. April  
in Kraft treten müssen. Der Etatsentwurf ist im  
wesentlichen noch von der alten Regierung aufgestellt  
worden, doch hat der Reichstag einige Veränderungen  
vorgenommen. Er bewilligte er z. B. eine Million  
für Kinderleistungen und 20 Millionen Mark als  
eine Rate für den Bau eines zweiten Panzer-  
zuges. Das Reichskabinett hat sich mit diesen  
Veränderungen einverstanden erklärt, wenn es auch  
nicht dem Panzerkreuzer keine Kabinetsfrage machen  
wird. Die letzte Entscheidung hat damit der Reichs-  
tag.  
Die neue Wendung in den Saarverhandlungen,  
die die letzte Woche brachte, ist im Saargebiet und

im weite begrützt worden, wenngleich sich niemand  
großen Hoffnungen hingibt. Um eine gerechte Lösung  
der Saarfrage“ muß noch heftig gekämpft werden!  
Wenn auch die Forderung Frankreichs auf Einräu-  
mung eines Mitspracherechts vorläufig ausgeschaltet ist,  
so stellt doch auch das Verlangen Frankreichs auf An-  
erkennung der von der Saarkommission eigenmächtig  
mit französischen Gesellschaften abgeschlossenen Ver-  
träge, die diese Gesellschaften berechtigten, Saar-  
kohle auf unterirdischem Wege von Lothringen her ab-  
zubauen, eine harte Aufgabe dar. Ferner rückt sich  
ein wirres Dornengebüsch um die Frage des Mit-  
spracherechts.

Als neues Druckmittel scheint Frankreich jetzt seine  
Delegation zum Besuch französischer Schulen im  
Saargebiet anwenden zu wollen. Wie man aus dem  
Saargebiet hört, wird diese Werbung trotz ihrer bis-  
her trügerischen Erfolge neuerdings in der sehr rege be-  
trieben, auch scheint man über die französische Grun-  
dungsverwaltung hinweg — durch die Drohung mit Ent-  
lassungen — die Saarbergarbeiter für die französi-  
schen Schulen gewinnen zu wollen.

Eine Meinung hat die Atmosphäre aber un-  
zweifelhaft erfahren, und zwar dadurch, daß die deutsche  
Delegation zum Ausdruck brachte, bei einer weiteren  
Verflechtung der Verhandlungen habe Deutschland  
kein Interesse mehr daran, über die „unzeitige“ Lö-  
sung einer Frage zu verhandeln, die sich 1925 auto-  
matisch von selbst regelt. Wenn man nämlich nicht  
noch im Sommer in Paris handelseinig wird, dann  
ist eine Rückgliederung des Saargebietes im Laufe  
des Jahres 1930 nicht mehr möglich, weil ja das  
deutsch-französische Abkommen noch vom Völkerbund be-  
stätigt werden müßte. Eine Volksversammlung des Bun-  
des wird aber beinahe sicher einmal im Jahre,  
und zwar im September stattfinden.

Damit sieht sich die deutsch-französische Saar-  
konferenz, wenn sie ihre Arbeiten nach den Feiertagen  
wieder aufnimmt, vor die Notwendigkeit gestellt, ent-  
weder das bisher Veräußerte befestigen nachzuholen,  
oder aber ihre Unvermögen zur Erledigung der ihr  
übertragenen Arbeiten einzugehen; Frankreich hat  
eine neue Gelegenheit, sich bloßzustellen!

## „Rehrt wieder, Deutsche!“

Gute Zeugnisse für die deutsche Kolonialpolitik. —  
„Kommen die Deutschen bald zurück?“

— Berlin, 19. April.  
Nach einer Mitteilung der Deutschen Kolonialge-  
sellschaft liegen der Gesellschaft Nachrichten aus dem  
unter französischem Mandat stehenden Teil der alten  
deutschen Kolonie Kamerun vor über eine tiefe  
Mißstimmung der Eingeborenen gegenüber den fran-  
zösischen Verwaltungsmethoden und über das immer  
dringendere Verlangen der Eingeborenen nach Rück-  
kehr der Deutschen.

Diese zum Teil vertraulichen Mitteilungen sind  
den Befähigung in einem von dem Sonderkorpskom-  
mandanten „B. F.“ Arnold veröffentlichten Bericht über  
Kamerun im Jahre 1929. Hül-  
riegel hatte in Duala, dem Hafen des unter fran-  
zösischer Verwaltung stehenden Teiles von Kamerun,  
eine Unterredung mit einem der Eingeborenen, der  
sich über die harte und ungerechte Steuerpolitik der  
französischen Mandatsverwaltung beklagte und der  
der Stimmung der Eingeborenen mit folgenden Wor-  
ten Ausdruck gab:

„Die Franzosen sind keine guten Menschen. Ist es  
gerecht, Sie, daß man ihnen die Steuern dreimal zahlen  
muß? Und so ist es in allen — in französisch-  
Kamerun und auch in Togoland. Sie, ich habe etwas  
sagen gehört: bitte, ist es wahr, kommen die Deutschen  
jetzt bald wieder nach Duala zurück? Die Franzosen  
sind die alten Leute, weil sie immer von den Deut-  
schen reden, wie ich es damals war. Die alten Leute  
in Duala lieben die Deutschen, Sie.“

Für den Kenner der Verhältnisse sind, wie gesagt,  
solche Zeugnisse nicht überraschend. Sie bezeugen  
nur erneut den tiefen Unterschied zwischen den von  
den Deutschen zuerst aufgenommenen modernen Me-  
thoden der Kolonisation und der auf imperialistische  
und wirtschaftliche Ausnutzung der Eingeborenen  
eingestellten französischen Kolonialpolitik. Die beson-  
dere Eignung der Deutschen für die Beherrschung der  
Eingeborenen bewährt sich heute wieder in Deutsch-  
Ostafrika, wo die Eingeborenen mit Vorliebe die  
Schickung auf den deutschen Farmen suchen.

Von deutscher Seite ist bei Kriegsende der Vor-  
schlag gemacht worden, man solle die Bevölkerung  
Deutschostafrikas selbst entscheiden lassen, ob sie die  
Deutsche oder die englische Pflanzung vorzöge. Eine  
solche Volksbefragung hätte ohne Zweifel eine große  
Mehrheit für das Verbleiben der deutschen Schutzherren  
gebracht. Und wer heute in dem unter französischem  
Druck stehenden Kamerun, wo die Franzosen sich

als unfähig erweisen, das Land von der furchtbaren  
Geißel der Schlafkrankheit zu befreien, unter der Hun-  
derttausende von Schwarzen hilflos dahintersterben, der  
eingeborenen Bevölkerung den Mund öffnete, daß sie  
ihrem Verlangen freien Ausdruck geben, der würde  
nur den einen Ruf hören, der so oft in den Briefen  
der Eingeborenen lehrhaftig erklingt: „Rehrt wie-  
der, Deutsche!“

## Wieder Zuschüsse für Thüringen.

Neberweisungssperre aufgehoben. — Staatssekretär  
Ziegerer fährt nach Weimar.

— Berlin, 19. April.

Amlich wird mitgeteilt:  
Nachdem die zwischen dem thüringischen Staats-  
ministerium und dem Reichsministerium des Innern  
bestehenden Meinungsverschiedenheiten in schriftlicher  
und mündlicher Erörterung eine Klärung gefunden  
haben, insbesondere nachdem das thüringische Staats-  
ministerium die bestimmte Erklärung abgegeben hat,  
daß Nationalsozialisten in die thüringische Landes-  
polizei nicht aufgenommen und auch sonst die Be-  
dingung für die Gewährung von Reichszuschüssen für  
Polizeizwecke nicht verletzt worden seien, hat der Reichs-  
minister des Innern sich in der Lage gesehen, die bis-  
herige Einstellung der Neberweisungen des Reichs-  
ministeriums des Innern für polizeiliche und andere  
Zwecke aufzuheben.

Die Meinungsverschiedenheit über die Verfas-  
sungsmöglichkeit des Paragraphen 3 Absatz 1 des thür-  
ingischen Ermächtigungsgesetzes wird auf dem in Ar-  
tikel 13 Absatz 2 der Reichsverfassung vorgezeichneten  
Wege durch einen gemeinsamen Schrift der Reichsre-  
gierung und der thüringischen Regierung einer Ent-  
scheidung des Reichsgerichts zugeführt werden.

Wegen der Vereinbarung des Zeitpunktes für  
den in Aussicht genommenen Besuch des Staatssekre-  
tars Ziegerer wird sich dieser mit der thüringischen  
Regierung unmittelbar in Verbindung setzen. Bei  
diesem Besuch wird auch die Art und Weise der ge-  
meinsamen Anrufung des Reichsgerichts auf Grund  
des Artikels 13 Absatz 2 näher zu erörtern sein.  
Die thüringische Regierung hat zugesagt, daß bis zur  
Entscheidung des Reichsgerichts solche Verordnungen in  
den Wortlaut, die ihre Grundlage nur in Para-  
graph 3 Absatz 1 des Ermächtigungsgesetzes finden,  
unterbleiben.

## 9,27 Milliarden Spareinlagen

und 14,4 Millionen Sparer. — Durchschnitts-  
einlage: 640 Mark.

Nach den letzten statistischen Erhebungen beliefen  
sich die Einlagen bei den deutschen Sparkassen Ende  
1929 auf etwa 9,27 Milliarden Mark. Die Zahl der  
Sparer beträgt 14,5 Millionen; die der Sparkassen  
2611. Im Vergleich zur Kriegszeit und unter  
Berücksichtigung der Verkleinerung des Reichsgebietes  
sowie der verminderten Kaufkraft entspricht der Spar-  
einlagenbestand Ende 1929 etwa einem Drittel des  
Spareinlagenbestandes von 1913!

Die durchschnittliche Einlage der Sparer betrug  
sich 1929 auf 640 Mark, 1924 auf 345 Mark; auf den  
Kopf der Bevölkerung entfiel 1924 eine Spareinlage  
von 10 Mark, 1929 eine solche von 145 Mark.

Der Zuwachs an Einlagen betrug (in Milliar-  
den) 1924: 0,57, 1925: 1,1, 1926: 1,5, 1927:  
1,6, 1928: 2,4. Der Einlagenüberschuß des Jahres  
1929 ist mit 2,05 Milliarden Mark um 335 Millionen  
Mark niedriger als der für 1928.

## Brünnings Aussichten.

Eine Unterredung mit Koch-Weser.

— Berlin, 19. April.

In einer Unterredung mit einem Journalisten  
äußerte sich Reichsminister a. D. Koch-Weser, der Führ-  
er der Deutschen Demokratischen Partei, über die Aus-  
sichten der neuen Regierung. Dabei äußerte er aus,  
es sei nicht mit Sicherheit zu behaupten, ob sich das  
Kabinett Brüning auf die Dauer werden halten könn-  
en. Die Möglichkeit einer Reichstagsauflösung  
im Sommer sei deshalb nicht von der Hand zu  
weisen. Möglich sei aber auch, daß bei gutem Willen,  
der in allen beteiligten Kreisen herrsche, eine Rück-  
kehr zur Großen Koalition vor oder nach den Som-  
merferien erfolgen könne.  
Auf die Frage, ob die neue Koalition zu einer  
Neubildung der Parteien führen würde, antwortete  
Koch-Weser, daß wir in Deutschland zu großen Par-  
teien kommen müßten, wenn die Schichten zwischen  
Nationalismus und Sozialismus, die auf dem Boden  
des heutigen Staates weiter arbeiten wollten, sich nicht  
eben Einflusses begeben wollten.